

© Schwerpunkt »Wertschöpfung & Wertschätzung«

Der Kampf um Anerkennung

Bauernproteste in Deutschland und ihre Ursachen

von Wolfgang Reimer

Die Proteste der Bäuerinnen und Bauern im Winterhalbjahr 2023/24 prägen bis heute die politische und mediale Debatte über Landwirtschaft und ländliche Räume in ganz Europa. Auch wenn vermeintlich zu hohe Umweltauflagen und bürokratische Hürden oder – wie in Deutschland – der Wegfall bestimmter Subventionen Anlass für die Proteste waren – im Hintergrund war vor allem das Gefühl mangelnder gesellschaftlicher Wertschätzung die treibende Kraft für die hoch emotional geführten Auseinandersetzungen. So entstand eine komplexe Gemengelage von realen Problemen, scheinbaren Lösungen, fragwürdigen Allianzen und allzu einfachen Schuldzuweisungen. Nachfolgender Beitrag sucht nach den tieferen Beweggründen der Unzufriedenheit und Proteste. Welche gesellschaftlichen Entwicklungen könnten dazu geführt haben, dass Bäuerinnen und Bauern, die einst die konservative Mitte der Gesellschaft bildeten, sich politisch zunehmend den Rechtspopulisten zuwenden? Was haben Gesellschaft und Politik übersehen, dass heute dieser Kampf um Anerkennung der Landwirtschaft und ihre gesellschaftlichen Leistungen so heftig und oftmals unveröhnlich geführt wird – und wie kann man dem konstruktiv politisch begegnen?

In Europa gingen die Bauern im Winterhalbjahr 2023/24 mit großer Wirkung auf die Straße. Auch wenn die Triggerpunkte unterschiedlich waren; vereint wenden sie sich auch heute noch gegen die Zumutungen ständiger Veränderungen und neuer Vorschriften, vor allem im Umwelt- und Klimabereich, aber auch gegen bürokratische Gängelung und kleinteilige Überwachung bei der Umsetzung der europäischen Agrarpolitik.

Während die Empörung in Deutschland sich vordergründig gegen den Abbau der Agrardieselsubventionen richtete, wurde im Verlauf der Demonstrationen immer deutlicher, dass das nur der berühmte Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die gefühlte einseitige Belastung wurde als extrem ungerecht empfunden. Das passte in das Selbstbild der Landwirtschaft, die sich schon seit vielen Jahren von der Politik als nicht wirklich »wahrgenommen«

sieht. Und obwohl es weitaus wichtigere Probleme zu lösen gilt, wurde ausgerechnet der Agrardiesel zum Ventil.

Nicht nur in Deutschland gingen die Bauern auf die Straße. In den osteuropäischen Staaten lösten die Getreideexporte aus der Ukraine die Empörungswelle aus, da diese ein deutliches Preisdumping verursachten. Ebenfalls waren die Ablehnung des *Green Deal* der EU-Kommission und die Bürokratie der Umweltschutzgesetzgebung EU-weit ein wichtiges Thema.

Diese Themen trieben auch in Frankreich die Bauern auf die Straßen, nach Paris und Brüssel. Die kampferprobten französischen Bäuerinnen und Bauern brachten jedoch nicht nur ihre Empörung zum Ausdruck, sondern richteten an Macron und die EU-Kommission konkrete Forderungen hinsichtlich der Regulierung der Märkte (z. B. kostendeckende Marktpreise, keine Billigimporte zu niedrigeren Standards).

Die Niederlande wiederum erleben schon seit einigen Jahren massive Proteste. Diese zeigen beispielhaft die Problematik auf. Die niederländische Landwirtschaft, die weltweit im rein ökonomischen Sinne mit als die produktivste gelten darf und die die Empfehlungen der Agrarökonomie mustergültig umgesetzt hat, wurde konfrontiert mit einem Gerichtsurteil, das die Regierung dazu zwang, die seit Jahren zu hohe Stickstoff- und Phosphatbelastung unverzüglich anzugehen. Die drastische Verschärfung der Umweltgesetzgebung und der Herauskauf von Tierhaltungsbetrieben löste eine kleine Revolution aus, in deren Gefolge es auch zur Verbrüderung mit Vertretungen ländlicher Regionen kam. Diese hatten der Regierung schon länger vorgeworfen, nur die Ballungszentren in den Blick zu nehmen und das Hinterland zu vergessen. Die neu gegründete Bauern-Bürger-Bewegung (BBB) erzielte regional große Erfolge und bereitete damit den Boden für den spektakulären Erfolg des Rechtspopulisten Wilders bei der nationalen Wahl.

Vergessen »die Eliten« die ländlichen Räume?

Das ist sicherlich eine zentrale Erklärung für den Aufstieg des Rechtspopulismus weltweit, da sich der »Kampf um Anerkennung« auf allen Kontinenten wiederfindet. Viele Analysen von Trumps Wahlsieg 2017 z. B. sehen darin die verbindende Klammer zwischen der Arbeiterschicht im »rust belt«, die unter dem Niedergang der Altindustrien gelitten hat, mit den Bewohnern der ländlichen »overfly countries« zwischen der Ost- und Westküste.

Die US-Soziologin Arlie Russel Hochschild¹ greift in der Zusammenfassung einer umfangreichen Befragung konservativer ländlicher Wähler zu einer Metapher: Gewöhnliche Bürger stehen geduldig in einer langen Schlange und warten, um durch eine Tür mit der Aufschrift »Der amerikanische Traum« zu treten, während sich andere – Afroamerikaner, Frauen, Einwanderer – plötzlich vordrängen. Sie werden dabei von denselben Eliten unterstützt, die die in der Schlange Stehenden ignoriert.

Der bekannte Politikwissenschaftler Francis Fukuyama² liefert eine Erklärung, warum wirtschaftliche Deklassierung nicht zu »linkem« Wahlverhalten führt: »Wirtschaftliche Not wird von den Individuen oftmals nicht als materielle Entbehrung, sondern als Identitätsverlust empfunden. Die Nationalisten deuten den Verlust eines relativen wirtschaftlichen Ranges in den Verlust von Identität und Status um.« Natürlich fehlt auch bei ihm der Hinweis nicht, dass sich die »linke« demokratische Partei in den USA zu sehr um Minderheitenprobleme (Genderfragen, kulturelle Identitäten) gekümmert hätte.

Frankreich und insbesondere die Gelbwestenbewegung und der Aufstieg der rechten Bewegung (früher Front National heute Rassemblement National) um die Familie Le Pen zeigen, dass in Europa ähnliche Mechanismen wirken und der Stadt-Land-Gegensatz neu aufbricht. Auch beim »Brexit« haben Abstimmungsanalysen belegt, dass die Wählerinnen und Wähler aus dem Ballungszentrum »Greater London« und anderen Großstädten sich für den Verbleib in der EU ausgesprochen haben, während die »Leave«-Kampagne der Rechten besonders in den ländlichen Regionen unterstützt worden war.

Für Osteuropa hat der Historiker und Wiener Universitätsprofessor Philipp Ther den Hintergrund für den Aufstieg der Orbans und Kaczynskis gut beschrieben.³ Das Setzen auf das freie Spiel der Marktkräfte hat nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nicht nur die alte Nomenklatura begünstigt, die die Schalthebel der Wirtschaft und Politik schon kannte; der Markt hat Konzerne und Investoren, aber auch die sprichwörtlichen Glücksritter aus dem Westen angelockt und die Orte und Regionen mit den besten Standortfaktoren begünstigt. Das waren nicht die dünn besiedelten ländlichen Räume mit schwacher Infrastruktur. Der Markt zog im Gegenteil die mobilen jungen Menschen aus den ländlichen Räumen ab, sodass das »Ausbluten« noch beschleunigt wurde. Die osteuropäischen Staaten erlebten eine Landflucht ohnegleichen, die bis heute anhält.

Während die demokratischen Kräfte auf den Markt setzten und dabei viele Verlierer in Kauf nahmen, witterten die Nationalisten die Chance, mit Sozialprogrammen und dem Betonen der alten Werte und der Religion die Zurückgebliebenen einzusammeln. Sowohl in Ungarn als auch in Polen sind ländliche Regionen die Machtbasis der Nationalisten. Die unterschiedlichen Quellen, aus denen sich der Rechtspopulismus speist, sind also Herausforderung und Chance zugleich:

- *Herausforderung*, weil sich wirtschaftliche und Status-/Identitätsprobleme überlagern und vermengen, weil die Erosion traditioneller Werte nicht aufzuhalten ist, und weil die liberaldemokratischen Länder keine Chancengleichheit schaffen, sondern sich die sozialen und kulturellen Gegensätze eher vertiefen. Wenn der Markt nicht politisch eingehegt wird und die ökonomische sowie soziale Spaltung weiter zunimmt, sind rechte Parteien nicht aufzuhalten.
- *Chance*, weil es sich um Entwicklungen handelt, die korrigierbar sind. Allenfalls zehn bis 20 Prozent der Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen oder Parteien haben ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild. Ein großer Teil der Unterstützer wäre zurückzugewinnen.

Die Grünen als Feindbild

Dem oben beschriebenen groben Raster zufolge sind ländliche Regionen durchaus empfänglich für rechtspopulistische Botschaften. Wenn wir den Blick auf Deutschland richten, müssen wir das Raster verfeinern. Denn unsere ländlichen Räume sind nur in den Landkreisen der neuen und nur in wenigen Kreisen der alten Bundesländer nach internationalem Maßstab wirklich »ländlich«, sprich dünn besiedelt, struktur- und wirtschaftsschwach.

Der Genfer Soziologieprofessor Lukas Haffert, der die letzte Bundestagswahl 2021 unter diesem Blickwinkel analysiert hat,⁴ weist auf die unterschiedlichen Grade der Ländlichkeit in Deutschland hin und auch auf die Tatsache, dass die AfD-Ergebnisse in strukturschwachen ländlichen Räumen, aber auch in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten besonders ausgeprägt waren. Dagegen erzielten die Grünen ihre besten Ergebnisse in den Innenstädten bzw. relativ wohlhabenden Stadtbezirken und in Ballungsgebieten.

Diese Wahlanalyse korrespondiert mit den Ergebnissen der breit angelegten Studie von Steffen Mau und seiner Forschungsgruppe, die zu dem Ergebnis kommt, dass es bei vielen Themen eine breite Mitte der Gesellschaft gibt, die nicht gespalten ist.⁵ Die Ausnahme bilden jene Triggerpunkte wie z. B. die Migrationsproblematik oder Identitätskonflikte (Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe), die von der Rechten gezielt bespielt werden, um zu polarisieren. Da die Grünen systematisch gegen die AfD gehalten, rücken sie automatisch von der angestrebten Mitte der Gesellschaft an den der AfD gegenüberliegenden Rand. Diese Positionierung wird noch durch die Rolle der Grünen in der Ampelkoalition verstärkt. Sie sind dort der Antreiber, der selbst bei scheinbar mehrheitsfähigen Themen wie Klimamaßnahmen einer veränderungsmüden Gesellschaft Angst einjagt und Gegnerschaft provoziert. Wenn dann noch handwerkliche Fehler und Kommunikationsdefizite dazukommen, manövriert man sich selbst ins Abseits.

Aus Sicht der Landwirtschaft werden die Grünen, die ja in den letzten zwei Jahrzehnten nur kurze Zeit das Agrarministerium besetzt hatten, für alle Probleme der Umweltgesetzgebung und alle Greening- oder Öko-Regelungen der europäischen GAP verantwortlich gemacht. Selbst die Politik der ebenfalls seit Jahrzehnten von den Konservativen geleiteten EU-Kommission (Beispiel *Green Deal*) wird dem »alles dominierenden grünen Einfluss« zugeschrieben. Diesen Zuschreibungen ist nur schwer zu entkommen, zumal die Grünen alles tun, um sie durch verbale radikale Äußerungen immer wieder zu befeuern. Damit kann man die Stammwählerschaft befriedigen,

entfernt sich aber immer weiter von der angestrebten Mitte der Gesellschaft.

Die Rolle des Mittelstands

Bis zu Beginn der Corona-Krise dominierte in Berliner Kreisen von Politik über Journalisten bis hin zu den Kulturschaffenden die von dem Soziologen Andreas Reckwitz gesetzte »Erzählung«, dass die alte Mittelklasse von einer neuen Mittelklasse aus dem bildungsbürgerlichen und kulturalistischen Milieu abgelöst worden sei. Das urban-liberale Milieu dominiere nicht nur Lebensstile, sondern setze die Trends in den Medien und in der Politik. Materielle Konflikte seien künftig weniger entscheidend wie kulturelle Differenzen.⁶ Reckwitz geht auch davon aus, dass die traditionelle Mittelklasse, die sich eher im kleinstädtischen und ländlichen Raum befindet, in Teilen empfänglich für den Rechtspopulismus ist.

Nun, mit den Krisen hat sich vieles verändert. Bereits in der Corona-Krise wurde die Spaltung der Gesellschaft entlang der verfügbaren Einkommen und der kulturellen Ressourcen deutlich. Noch deutlicher zeigten das der drastische Energiepreisanstieg und die allgemein steigende Inflation nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Plötzlich wurde greifbar, was das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in trockenen Zahlen seit Jahren veröffentlicht: 40 Prozent der deutschen Haushalte haben keinerlei Vermögen, sprich auch keine Reserven, wenn die Lebenshaltungskosten deutlich steigen!

Die Situation fehlender Vermögen hängt damit zusammen, dass die Bundesrepublik in Europa einen hinteren Tabellenplatz einnimmt, was das Wohneigentum betrifft. Nur 40 Prozent der Haushalte verfügen über Wohneigentum, auf dem Land deutlich mehr, in den Städten deutlich weniger. Eine Sonder-situation liegt in Ostdeutschland vor: Im westeuropäischen Vergleich gibt es keine andere Region, in der den dort lebenden Menschen weniger Immobilien sowie Grund und Boden gehören! Dass dort, auch bei den »besser gestellten Leuten«, Ängste aufbrechen, wenn die Regierung den Klimaschutz in die privaten Häuser trägt und die Wirtschaft kriselt, ist inzwischen wohl bekannt.

Mehr als fraglich ist es, ob die jüngste Erzählung von der Dominanz der neuen, vor allem akademisch geprägten Mittelschicht zurückkommt. Die konkreten Transformationsleistungen des Klimawandels muss eher die alte Mittelklasse liefern, müssen Heizungsbauer, Elektroingenieure und auch beispielsweise Landwirte bringen, sonst wird das nichts mit der Energiewende! Die schnelle Verbrüderung der Bauernproteste mit Handwerk und Gewerbetreibenden vor allem in den neuen Bundesländern zeigt, dass

die »gefühlten Kränkungen« weit über das bäuerliche Milieu hinausgehen!

Niedergangsstimmung im Osten

Inzwischen, so darf man vermuten, würden die Befragungen von Steffen Mau wohl zu anderen Ergebnissen kommen. In den zurückliegenden zwei bis drei Jahren hat sich auch in der damals festgestellten »stabilen Mitte« der Frust aufgestaut und – medial unterstützt – in der Ampelregierung einen Blitzableiter gefunden. Die Niedergangsstimmung wird durch die alltäglichen Meldungen über die marode Infrastruktur (Bahnverspätungen und -ausfälle, Zusammenbruch einer Brücke in Dresden, unterfinanzierte Krankenhäuser, Leistungsabfall an den Schulen, fehlende Kitaplätze ...) verstärkt. Üblicherweise wird die Niedergangserzählung noch ergänzt durch den Hinweis, dass auf dem Land alles noch viel schlimmer sei. Das trifft sicherlich für etliche Landkreise in den neuen Bundesländern und auf wenige in den alten zu – aber nicht generell!

Im neuen *Gleichwertigkeitsbericht 2024* der Bundesregierung⁷ werden anhand von 42 Indikatoren zu Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie Klima und Umwelt die Regionen in Deutschland verglichen. Dünn besiedelte, ländliche Regionen haben in den letzten zehn Jahren beim Einkommen und der Erzeugung des Bruttoinlandsproduktes deutlich aufgeholt. Besonders ländliche Regionen in Ostdeutschland haben beim BIP-Wachstum schneller zugelegt als der Durchschnitt. Problematisch aber wird die demografische Entwicklung. 150 von 400 Landkreisen müssen mit sinkenden Bevölkerungszahlen rechnen und damit auch mit steigenden Problemen bei der Infrastrukturentwicklung. Diese ist jetzt schon bei Kreisen ohne städtische Umgebung kritisch.

Daraus ergeben sich größere Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit. Während zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger »eher« oder »ganz zufrieden« sind, fällt dieser Wert in Ostdeutschland bzw. strukturschwachen Regionen geringer aus. Acht der zehn schwächsten Regionen liegen in Ostdeutschland, weshalb die Menschen dort besonders pessimistisch in die Zukunft blicken. Die demografische Entwicklung überlagert also Wohlstand und Lebenszufriedenheit. Welche Bedeutung die Abwanderung für eine pessimistische Grundeinstellung und die Kultur des Unmutes hat, wird auch deutlich bei Steffen Maus Untersuchung *Ungleich vereint – Warum der Osten anders bleibt*.⁸

Viele Fragezeichen bleiben trotzdem bei der Erklärung, warum die AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg um die 30 Prozent der Stimmen bekommen und die ähnlich agierende BSW auf Anhieb ein zweistelliges Ergebnis erzielt hat. Offensichtlich nähern wir uns amerikanischen bzw. osteuropäischen

Verhältnissen an, wo viele sich von populistischen Führern die Erlösung von allen Problemen erhoffen.

Obwohl in allen Umfragen die eigene wirtschaftliche Situation überwiegend als gut beschrieben wird, herrscht eine Untergangsstimmung vor, die durch Fakten nicht mehr zu erschüttern ist. In dieser Situation würde nur ein inzwischen von fast allen Ökonomen, der Industrie und auch von den CDU-Ministerpräsidenten gefordertes Investitionspaket (z. B. in Höhe von 600 Milliarden über zehn Jahre, so das Institut der Deutschen Wirtschaft) für die Infrastruktur und zur Unterstützung der wirtschaftlichen Transformation helfen, um aus der Lethargie und Depression herauszukommen. Für die Wirtschaft und den privaten Konsum war die psychologische Stimmungslage schon immer entscheidend. Doch dieses wird vom kleinsten Teil der Ampelregierung, nämlich der FDP, aus ideologischen und von der Merz-Opposition aus taktischen Gründen blockiert. Also geht das »Siechtum« weiter und bei den Menschen verfestigt sich der Eindruck, dass der Staat marode sei und überhaupt alles nur schlechter werde.

Rechtsdrift oder Protestwähler?

Gemessen an dem Fragenkatalog der Triggerpunkte-Studie von Steffen Mau und Team⁹ gehörte zum Zeitpunkt der rund zwei Jahre zurückliegenden Befragung die große Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern zur breiten Mitte der Gesellschaft. Zu den meisten Themen nehmen sie eine »Mitte-Rechts«-Position ein, so auch meine eigene Erfahrung aus vielen Gesprächen und Diskussionen. Wie ist dann aber zu bewerten, dass Landwirte in den Landtagswahlen 2024 in Sachsen fast zur Hälfte und in Thüringen zu 40 Prozent die AfD gewählt haben?

Die meisten Bäuerinnen und Bauern verhalten sich wie andere Teile der Mittelschicht. Sie lassen ihren Frust ab. Nachdem mit der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) große Hoffnungen geweckt wurden, aus der Anklageecke der Gesellschaft herauszukommen und die Schlepperdemonstrationen in den Medien sehr positiv begleitet wurden, waren die Erwartungen groß. Durch die Finanzblockade der FDP wurde aber nichts aus dem großen Entwurf und der Frust war stärker als je zuvor.

Bisher haben sich der Deutsche Bauernverband (DBV) und andere Zusammenschlüsse von Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bis Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) eindeutig gegenüber »Rechts« distanziert. Eine Gefahr besteht darin, dass aktionistische Zusammenschlüsse wie »Land schafft Verbindung« (LsV) über ihre Social-Media-Kanäle vor allem Jungbäuerinnen und -bauern mobilisieren und dabei nicht nur agrarpolitische Fake

News, sondern auch rechte Weltbilder transportiert werden. Die größere Gefahr liegt aber vor allem in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands darin, dass dort angesehene Personen aus Handwerk, Landwirtschaft und anderen traditionellen Berufen sich offen zur AfD bekennen und damit deren Normalisierung und Etablierung betreiben. Und oft sind sie nur zur AfD gekommen, um die »etablierte Politik« zum Angehen der Probleme zu zwingen.

Es ist für die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume extrem wichtig, die Spreu vom Weizen zu trennen. Konservative Positionen gehören zur Mitte der Gesellschaft dazu, der Rechtspopulismus und erst recht der Rechtsextremismus muss zurückgedrängt werden. Nicht, indem man den Rechten und deren Forderungen nachläuft, sondern indem man die Probleme glaubhaft angeht und schrittweise einer Lösung zuführt.

Anmerkungen

- 1 A. R. Hochschild: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt am Main 2017.
- 2 F. Fukuyama: Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet. Hamburg 2019.

- 3 P. Ther: Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation. Berlin 2019.
- 4 L. Haffert: Stadt-Land-Frust. Eine politische Vermessung. München 2022.
- 5 S. Mau, T. Lux und L. Westheuser: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin 2023.
- 6 A. Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017. – Ders.: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Frankfurt am Main 2019.
- 7 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Gleichwertigkeitsbericht 2024. Berlin 2024.
- 8 S. Mau: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Frankfurt am Main 2024.
- 9 Mau et al. (siehe Anm. 5).



Foto: Ferdinando Iannone

Wolfgang Reimer

Agraringenieur und Vorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., unter anderem Amtschef im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg und von 2016 bis 2021 Regierungspräsident in Stuttgart.

wolfgang.reimer@web.de

Bauern, Landvolk und die NSDAP – eine historische Betrachtung

von Onno Poppinga

Seitdem Mitglieder von »Land schafft Verbindung« (LSV) 2022 mit einer großen Zahl an Traktoren die schwarze »Landvolkfahne« (schwarzes Tuch, weißer Pflug, rotes Schwert) nachgestellt haben, wird das Zeigen dieser Fahne geradezu als Inbegriff rechtsradikaler Bauern gedeutet. Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, welche historische Bedeutung die Landvolkbewegung bei ihrer Gründung in den 1920er-Jahren hatte und ob Landwirte damals »anfälliger« waren, die NSDAP später zu unterstützen.

Doch zunächst eine *persönliche Vorbemerkung*: Ich komme aus einer ostfriesischen Bauernfamilie, bei deren Vorfahren alles vertreten war: Mitläufer und Mitläuferinnen, Goldenes Parteiabzeichen, Mitgliedschaft bei der Waffen-SS, Agitator für die KPD (mit der Folge von sechs Jahren KZ-Sachsenhausen), der jüdische Bauer – zur Emigration und zum Zwangsverkauf des Hofes gezwungen – und viele, viele Verwandte, die

im Krieg umkamen! Die Zerstörungen, die der Krieg unter den Menschen angerichtet hatte, waren ein Teil meiner Kindheit und Jugendzeit.

Mich interessierte damals die »Landwirtschaft und politische Rechte« (und auch »politische Linke«). So habe ich mich wiederholt auch wissenschaftlich damit beschäftigt. Zuerst mit der Frage nach dem Rechtsradikalismus in der Landwirtschaft. Anlass für die Beschäftigung mit diesem Thema im Rahmen meiner Diplomarbeit war, dass der NPD-Stimmenanteil bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg von 1965 (2,2 Prozent) zur Wahl 1968 auf 9,8 Prozent angeschwollen war. Landkreise mit sehr hohen NPD-Anteilen waren noch landwirtschaftlich geprägt und zugleich war die evangelische Konfession stark vertreten. Meine Dissertation *Bauern und Politik* vertiefte das Thema.

Doch zurück zur Zeit des Nationalsozialismus: Damals waren zwölf Prozent der NSDAP-Mitglieder

landwirtschaftliche Erwerbstätige. Deren Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt war mit 29 Prozent aber sehr viel höher (d. h. die landwirtschaftlichen Erwerbstätigen waren unter den Mitgliedern der NSDAP deutlich unterrepräsentiert!). Unter den Ärzten war z. B. mehr als jeder Zweite Parteimitglied, unter den Lehrern fast jeder Dritte. Zusammenfassend konnte ich aus den einsehbaren Akten ermitteln, dass die selbständigen Bauern, vor allem die mit etwas größeren Betrieben, die NSDAP mit einer Mitgliedschaft deutlich mehr unterstützt haben (vor allem in der sog. »Kampfzeit«). Ihr Anteil unter den Mitgliedern war aber nur leicht höher als ihr Anteil an der Bevölkerung. Eine pauschale Aussage, dass »die« Landwirte »Nazis« gewesen seien, ist deshalb falsch.

Auffällig jedoch war, dass die Unterstützung der NSDAP bei Wahlen in katholischen Gebieten viel geringer war als in stärker evangelischen. Vor allem in Norddeutschland gab es unter den Pastoren besonders eifernde NSDAP-Agitatoren. Bei Untersuchungen in Schleswig-Holstein zeigte sich deutlich, dass dort, wo die Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft bei den Betriebsgrößen groß waren (in den Marschen), die NSDAP geringere Zustimmung fand als in den homogeneren Gebieten (Geest).

Bei den aktuellen Diskussionen um »Landwirtschaft und die politische Rechte« wird die schwarze Landvolkfahne als Zeichen für rechte bzw. rechtsradikale Gesinnung gewertet. In früheren Jahren war diese Fahne jedoch auch schon auf Bauerndemonstrationen gezeigt worden, so Anfang der 1990er-Jahre gegen schlechte Getreidepreise, als die Landvolkfahnen in großer Zahl vor dem Sitz des Bundeskanzlers in Bonn wehten. Heute hat sich die Wahrnehmung in Teilen der Gesellschaft geändert. Es ist daher notwendig zu fragen: Was war die Landvolkbewegung?

Landvolkbewegung – ihre Ursprünge ...

Ihre Anhängerschaft war am stärksten im Norden Deutschlands, vor allem in Schleswig-Holstein. Die Landvolkbewegung machte im Januar 1928 mit einer Großdemonstration in der Stadt Neumünster (Schleswig-Holstein) unübersehbar auf sich aufmerksam. 140.000 Bauern protestierten gegen die zunehmende Zahl von Zwangsmaßnahmen, die die Finanzverwaltung wegen ausstehender Steuern und Abgaben gegen bäuerliche Betriebe durchsetzten. Sie reichten von der Zwangsversteigerung ganzer Betriebe bis zur Pfändung von Tieren, die dann im Auftrag des Finanzamtes versteigert wurden. In der Folgezeit kam es verbreitet zu Steuerstreiks und zur Verhinderung von Zwangsversteigerung durch gemeinsames Handeln der Bauern. Als die Politik darauf nicht reagierte,

wurden Bomben gelegt bei politischen Vertretern, bei Finanzämtern und sogar am Reichstag.

Was war zuvor geschehen? Der Erste Weltkrieg, die folgende Depression und die lang andauernde Inflation, die erst durch die Einführung der »Roggen-« bzw. »Rentenmark« im Jahre 1923 beendet werden konnte, prägten die 1920er-Jahre. Schleswig-Holstein hatte ertragreiche, großbäuerliche Marschbetriebe im Westen und auf Fehmarn; ertragsschwächere, klein- und mittelbäuerliche Betriebe auf der Geest, stark auf Viehhaltung ausgerichtet; flächenstarke, auf Ackerbau ausgerichtete Betriebe des Großgrundbesitzes an der Ostküste (»Grafenecke«). Politisch herrschten vor dem Ersten Weltkrieg liberale Vorstellungen vor: Die Landwirtschaft war auf Importe (vor allem Futtermittel) und Exporte ausgerichtet (Getreide, Schweine, Bullen, Schafe).

Nach dem Krieg vollzog sich ein politischer Umbruch. Nicht mehr Vertreter des Großgrundbesitzes und der Großbauern hatten das Sagen, sondern die Sozialdemokratie und die Landarbeitergewerkschaft wurden zur politischen Kraft im Land. Die Höfe erholten sich nach der Währungsreform. Diese und die Inflation hatten auch alle Schulden (sofern vorhanden) der Höfe »beseitigt«, aber es blieb finanziell schwierig. Ein erheblicher Teil der Betriebe nahm deshalb neue und zum Teil auch umfangreiche Kredite auf. Bis 1926 schienen die wirtschaftlichen Verhältnisse sich freundlich zu entwickeln. Danach machte sich die beginnende allgemeine Wirtschaftskrise sehr schnell bemerkbar. Als dann durch die steigende allgemeine Arbeitslosigkeit auch noch die Nachfrage nach Agrarprodukten stark zurückging und die Auszahlungspreise fielen, gerieten Betriebe in großer Zahl und rasch in Zahlungsschwierigkeiten. Da mit den Banken (damals wie heute) »schlecht Kirschen essen« war, erregten sich die Bauern vor allem darüber, dass sie trotz schwieriger Lage weiter die Gemeinde- und die Landessteuern zahlen mussten (Abgaben an die Landwirtschaftskammer, an die Wasser- und Bodenverbände usw. kamen noch hinzu).

... und politischen Forderungen

Das wurde dann auch zu einer der ersten Forderungen der Landvolkbewegung: »Keine Steuern zahlen aus der Substanz des Hofes«. Die Forderungen an den Staat waren durchaus »überschaubar«: keine Zwangsversteigerungen, sondern Stundungen; als das nicht durchkam, verbreitete sich die Forderung nach »Steuerstreik« und Einrichtung einer »bäuerlichen Nothilfe«. Der Staat reagiert gegenüber den in Schwierigkeit geratenen bäuerlichen Betrieben ausschließlich mit Härte, mit Gerichtsvollzieher, Justiz und Polizei. Als dann aber etwas später auch die Betriebe des Großgrundbesitzes in wirtschaftliche Schwierigkeiten ge-

rieten, reagierte der Staat völlig anders: 1928 mit dem Programm »Ostpreußenhilfe«, später mit der »Osthilfe« gab es ein umfassendes Subventionsprogramm für die Großbetriebe. Es war das bei Weitem umfassendste Hilfsprogramm der (armen) Weimarer Republik und war mit so vielen Skandalen verbunden (manche Betriebe wurden gleich mehrfach entschuldet), dass der Reichstag schließlich einen Untersuchungsausschuss einsetzte. Nach einer Studie von Dieter Hoffmann 2020 (*Der Skandal. Hindenburgs Entscheidung für Hitler*) war die Zusage von Hitler, den Bericht dieses Untersuchungsausschusses verschwinden und den Ausschuss auflösen zu lassen, von großer Bedeutung für den Reichspräsidenten von Hindenburg, Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler zu ernennen.

Wie ist vor diesem Hintergrund die Landvolkbewegung politisch zu bewerten? Sie kam zweifellos aus einem nationalen, auch von der evangelischen Kirche geprägten Umfeld (der deutsche Kaiser und preußische König war qua Amt oberster Bischof). Auch antisemitische Begriffe wurden verwendet, aber das kann nicht wirklich überraschen. Abgesehen von den Kräften der politischen Linken war der Antisemitismus insbesondere in der deutschen Oberschicht weit verbreitet.

Der politische Neuanfang nach der »Novemberrevolution« war vielen Bürgern und auch vielen der größeren Bauern suspekt. Dazu mögen auch die »Hungerdemonstrationen« in manchen Regionen im Jahre 1919 beigetragen haben, in denen die Demonstrierenden auf Bauernhöfe gezogen waren und die Herausgabe von Lebensmitteln verlangten (sog. »Speckumzüge«). Generell ist wohl davon auszugehen, dass es in Deutschland eine konservative Grundhaltung bei den Bauern und Bäuerinnen gab und gibt. Das kann nicht überraschen, weil sie sich angesichts des Schicksals der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert geradezu aufdrängt. Die »Befreiung« der bäuerlichen Betriebe aus den überkommenen, von der Grundherrschaft des Adels und der Kirche geprägten Eigentumsstrukturen erfolgte eben nicht durch einen »revolutionären Akt« – sondern durch eine vom Staat organisierte Freikaufaktion. Es dauerte Jahrzehnte, bis die Bauern diese Schulden bei der Rentenbank abgetragen hatten; viele ruinierten sich dadurch. Nach so viel »Schweiß und Tränen«, um nach Jahrhunderten endlich die Kontrolle über den Hof zu erlangen, indem er als privates Eigentum erworben wurde, ließ die Landwirte generell misstrauisch werden, wenn Parteien allzu schnell und pauschal von der Notwendigkeit von Enteignungen sprachen.

Leichte Beute der NSDAP

Nachdem in den ersten Jahren die Parteien der Weimarer Koalition auch in Schleswig-Holstein stark wa-

ren, gewann später die Deutschnationale Volkspartei an Einfluss. In ihrem Vorgehen war die Landvolkbewegung so etwas wie »bäuerlich-anarchistisch«: Alles sollte neu organisiert, die Institutionen des Staates komplett abgelehnt werden. Die regierende Sozialdemokratie wurde als Arbeiterpartei gesehen, die sich – zulasten der Bauern – für die Landarbeiter einsetze, für die Bauern aber kein Verständnis habe. Dies gründete sich auch noch auf die marxistische Tradition der SPD, nach der die Bauern sowieso zum Untergang verurteilt seien. Zwar ging die SPD mit ihrem Agrarprogramm von 1928 ausdrücklich auf die Eigenheiten der bäuerlichen Landwirtschaft ein, eine politische Änderung in der Haltung der Bauern zur »Linken« wurde trotzdem nicht erreicht. Als dann ausgerechnet über die Betriebe des Großgrundbesitzes mit Zustimmung der SPD im Reichstag das »Füllhorn des Staates« ausgeschüttet wurde, waren alle (ohnehin geringen) Chancen gänzlich vertan. Nach der letztlich erfolglosen »Landvolkbewegung« strömten dann auch viele Bauern – wie Wähler aus allen anderen Berufen und Zugehörigkeiten auch – zur NSDAP. Weil die »Landvolkfahne« auch für diese Zeit als Symbol eingesetzt wurde, kann sie als Symbol in heutiger Zeit nur auf Unverständnis stoßen. Die Landvolkbewegung selbst war nicht von Anfang an rechtsradikal, wurde von der NSDAP sogar abgelehnt und stark bekämpft; ihre »Trümmer« wurden dann aber eine leichte Beute der NSDAP.

Was wäre aber wohl möglich gewesen, wenn der preußische Staat im Wissen um die wirtschaftlichen Probleme der Bauern und Bäuerinnen nicht nur mit Gerichtsvollzieher und Polizei, sondern mit Verständnis und Hilfe reagiert hätte? Ob dadurch die ländliche Bevölkerung weniger der Propaganda der Nationalsozialisten erlegen wäre, bleibt offen. Vor dem Hintergrund der obigen Geschichte der Landvolkbewegung in den 1920er- und 30er Jahren dürfte jedoch klar geworden sein: Ein Aufgreifen von deren Symbolik, insbesondere der martialisch anmutenden Landvolkfahne, zeugt mindestens von mangelndem historischen Bewusstsein – wenn nicht, wie bei einigen der heutigen Bauernprotestler, von rechter bis rechtsextremer Gesinnung.



Prof. Dr. Onno Poppinga
Hochzeitstr. 5
34376 Immenhausen-Holzhausen
o.p.upgant@t-online.de